

# Nachrichten aus Brüssel

## EU: Infos zum Grippevirus

Die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der Europäischen Kommission veröffentlicht auf ihren Webseiten aktuelle Informationen zur Ausbreitung des Grippevirus A (H1N1). Die zuständige Gesundheitskommissarin, Androulla Vassiliou, erklärte dazu: „Niemand sollte die Situation unterschätzen, aber es gibt keinen Grund für Panik. Wir haben uns in der Europäischen Union bereits seit Jahren auf einen solchen Vorfall vorbereitet. Die während dieses Zeitraums gewonnenen Erfahrungen mit SARS und der Asien-Influenza haben uns in eine sehr viel stärkere Position gebracht. So haben wir heute eine sehr viel bessere Übersicht und sind auch vor Ort handlungsfähig.“ Zu den Informationen zählen auch Tipps, wie man sich selbst vor Ansteckung schützen kann. Mitte Mai 2009 gab es 222 gemeldete Fälle von A (H1N1) in Europa, darunter alleine 100 in Spanien. Die meisten Infizierten hatten sich im Ausland angesteckt.

## Müller: Mehr Bürgernähe gefordert

In einer Regierungserklärung hat die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller (CSU), Anfang Mai mehr Demokratie und Bürgernähe in einem Europa gefordert, das die Rechte der Regionen achtet und stärkt. Dabei wies Müller zugleich darauf hin, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass die EU und ihr Erfolgsmodell Binnenmarkt Stabilitätsanker sind. Die Staatsministerin: „Ohne die EU, ohne den Euro würden unser Land und unsere Bürger von der Krise weitaus stärker belastet.“ Müller sprach sich auch dafür aus, Europa zu deregulieren und zu entbürokratisieren: „Wir brauchen mehr Europa im Großen, weniger Europa im Kleinen.“

## Europa-Manifest der BZÄK

Freier Zugang zu zahnmedizinischer Versorgung in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, so lautet eine der Kernforderungen des Positionspapiers der Bundeszahnärztekammer zur Europa-

wahl. „Jeder Bürger Europas muss unabhängig von Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit Anteil haben am medizinischen Fortschritt in der Zahnmedizin.“ Zugleich weist die Bundeszahnärztekammer aber auch darauf hin, dass jeder Bürger selbst Verantwortung für den Erhalt oder die Wiederherstellung seiner Zahngesundheit trägt. Nur soweit die Behandlung von Zahnerkrankungen die eigene Leistungsfähigkeit überschreitet, könne die Hilfe der Solidargemeinschaft in Anspruch genommen werden. Die Bundeszahnärztekammer fordert auch, den Schutz der Gesundheitsdaten zu stärken und lehnt eine zentrale Speicherung von Gesundheitsdaten – auch auf nationaler Ebene – erneut ab. Weitere Forderungen sind die Sicherung der freien Berufsausübung in Europa, der Erhalt freiberuflicher Selbstverwaltung, die Gewährleistung einer angemessenen Honorierung, Sicherstellung der Qualität zahnmedizinischer Ausbildungsgänge sowie die Beibehaltung der dualen Berufsausbildung für die zahnärztliche Assistenz.

Redaktion

## BLZK-Präsident in Brüssel

Zu einem Meinungsaustausch über künftige Entwicklungen traf sich der Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Michael Schwarz, mit dem stellvertretenden Direktor der Europavertretung der deutschen Sozialversicherung, Günter Danner. Dabei wurden auch aktuelle Themen aus dem Gesundheitsbereich diskutiert. Danner, der 1982 als Pressesprecher bei der Techniker Krankenkasse begonnen hat, zählt heute zu den tiefsten Kennern der Sozialversicherungssysteme in Europa.

Redaktion



Michael Schwarz (links) im Gespräch mit Günter Danner

Foto: BLZK